

## **Protokoll der OV-Versammlung vom 16.1.2018, 19.30 Uhr**

### TOP 1 Begrüßung

Da Pressevertreter anwesend sind, wird von einer Vorstellungsrunde abgesehen. TV-Aufnahmen werden zugelassen; diejenigen OV-Mitglieder, die nicht gefilmt werden möchten, setzen sich an einen separaten Tisch.

### TOP 2 Diskussion über die Ergebnisse der Sondierungsgespräche von CDU, CSU und SPD

Die Sondierungsergebnisse wurden per Mail an die Mitglieder des OV geschickt. Die Diskussion mit den Mitgliedern des OV ist wichtig, damit Roland Fischer, Delegierter beim Bundesparteitag am 21.2.2018, ein Stimmungsbild des OV bekommt.

Die Sondierungsergebnisse zum Thema „Europa“ werden einhellig begrüßt und für sehr gut befunden. Schon für den zweiten Themenbereich (Wirtschaft, Digitalisierung, Bürokratie, Verkehr und Infrastruktur) gibt es so viele Änderungs- und Ergänzungsvorschläge, dass beschlossen wird, nicht jedes Kapitel des Sondierungspapiers im Einzelnen zu beleuchten, sondern über einen Antrag des OV Au abzustimmen:

*Antrag an den SPD-Bundesparteitag am 21.01.2018 in Bonn  
„Zur Beratung der Aufnahme von weiteren Verhandlungen zur Regierungsbildung und Abstimmung zum weiteren Vorgehen“*

*Antragsteller: Ortsverein München Au  
(Unterbezirk München-Stadt, Landesverband Bayern)*

### *Bedingungen für erfolgreiche Koalitionsverhandlungen*

*Für den Fall, dass der SPD-Bundesparteitag am 21.01.2018 der Aufnahme von Koalitionsgesprächen mit der CDU/CSU zustimmt, fordern wir den Parteivorstand und die von ihm einzusetzende Verhandlungskommission auf, mindestens folgende Punkte gegenüber der Union durchzusetzen:*

- 1. Die zweckgebundenen Zuweisungen des Bundes für den sozialen Wohnungsbau werden nicht nur für die Jahre 2020 und 2021 auf eine rechtssichere Grundlage gestellt, sondern erheblich erhöht und an eine dauerhafte Sozialbindung gekoppelt. Steuerliche Anreize werden nicht wie im Sondierungspapier für den „freifinanzierten Wohnungsbau“, sondern für den „Mietwohnungsbau“ geschaffen.*
- 2. Die Verlängerung des Bindungszeitraumes für Mietspiegel wird nicht „geprüft“, sondern mindestens verdoppelt und konkret vereinbart und umgesetzt.*
- 3. Die Mietpreisbremse wird nicht „zum Ende des vorgesehenen Geltungszeitraumes evaluiert“, sondern konkret und schnellstmöglich nachgebessert. Die in der letzten Großen Koalition gescheiterte 2. Mietrechtsreform wird weitestgehend vereinbart.*

4. *Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wird unter den Zustimmungsvorbehalt der jeweiligen Kommune gestellt, der Milieuschutz in einen Schutz ausgebaut, der bezahlbaren Wohnraum erhält.*
5. *Zur Reform des Bodenrechts und der Bekämpfung der Grundstücksspekulation wird eine Kommission eingesetzt, die bis zur Mitte der Legislaturperiode Handlungsvorschläge erarbeitet.*
6. *Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) wird so reformiert, dass soziale und ökologische Gesichtspunkte stärker berücksichtigt werden können und insbesondere der Ausbau und der Betrieb des ÖPNV vom Bund deutlich besser gefördert wird.*
7. *Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen wird abgeschafft.*
8. *Die Verbesserungen bei der Mütterrente werden steuerfinanziert.*
9. *Die im Sondierungspapier vorgesehene Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ wird so eingesetzt, dass Ergebnisse für die Zeit nach 2025 noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden können, zumindest Zielvorstellungen für das Rentenniveau und den Beitragssatz ab 2025 deutlich werden.*
10. *Die im Sondierungspapier vorgesehene Erhöhung der Grundsicherung im Alter entspricht nicht der noch im letzten Koalitionsvertrag vereinbarten solidarischen Lebensleistungsrente. Hinter einen einmal erzielten Kompromiss darf ein neuer Koalitionsvertrag nicht zurückfallen.*
11. *Die verlängerte Zurechnungszeit bei Erwerbsminderungsrenten darf nicht nur für Neuzugänge gelten, auch Bestandsrentner – die besonders von Altersarmut betroffen sind – müssen einbezogen werden.*
12. *Die im Kapitel „Finanzen und Steuern“ angekündigten Entlastungen der Geringverdiener bei den Sozialabgaben und die Ausweitung der Midi-Jobs dürfen nicht zu geringeren Rentenanwartschaften führen.*
13. *Die steuerliche Subventionierung von Diesel-Treibstoff wird in dieser Legislaturperiode beendet.*
14. *Der Familiennachzug wird nicht auf 1.000 Menschen pro Monat begrenzt. Die im Sondierungspapier vorgesehenen zentralen Lager (ANkER) werden nicht vereinbart.*
15. *Zumindest ein Einstieg in die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin muss erreicht werden. Fallpauschalen und die Rolle der Kassenärztlichen Vereinigungen sollen kritisch überprüft werden.*

*Sollte es nicht gelingen, diese Mindestverbesserungen zum Sondierungspapier gegenüber der Union bei Koalitionsverhandlungen durchzusetzen, erklärt der Parteivorstand die Koalitionsverhandlungen für gescheitert und verzichtet darauf, einen hinter den Anforderungen zurückbleibenden Entwurf eines Koalitionsvertrages den SPD-Mitgliedern zur Entscheidung vorzulegen.*

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Zur Ergänzung des Meinungsbilds wird ein weiterer Antrag gestellt: „Sollte der Antrag des OV Au abgelehnt werden, soll Roland Fischer beim Bundesparteitag gegen die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen stimmen.“

**Der Antrag wird mit zwei Gegenstimmen angenommen.**

München, den 24.1.2018  
Dorothee Stinshoff-Kraus